



## BRIEF AUS BERLIN – NR. 4/2018

### Inhalt

#### Vorwort

- + Gespräch mit der GEW
- + Aus den Ausschüssen
- + Einsetzung Untersuchungsausschuss
- + Amtseinführung DSW-Präsident
- + Gerichtsurteil zum Dieserverbot
- + Filmabend „Henners Traum“
- + Stephan Kania stellt sich vor

### Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

der kommende Sonntag wird ein entscheidungsreicher: die vorgezogenen Parlamentswahlen in Italien, die Abstimmung in der Schweiz über eine mögliche Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sowie, in unserem besonderen Fokus, die Bekanntgabe über den Ausgang des SPD-Mitgliederentscheides.

Während wir auf diese Ergebnisse warten, war das Parlament in dieser Sitzungswoche alles andere als untätig – wie die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum Fall Amri zeigt. Die Arbeit in den verschiedenen Ausschüssen hat ebenfalls volle Fahrt aufgenommen. So war Peter Limbourg, der Intendant der Deutschen Welle, im Ausschuss Kultur und Medien zu Gast und im Ausschuss Bildung, Forschung und Technikfolgen stellten Prof. Dr. Margret Wintermantel und Prof. Dr. Hans-Christian Pape die Arbeit des Deutschen Akademischen Austauschdienstes bzw. der Alexander-von-Humboldt-Stiftung vor. Ergänzt wurde dies durch den persönlichen Austausch im Rahmen eines Gesprächs mit Vertreterinnen und Vertretern der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, bei der Amtseinführung des neuen Präsidenten des Deutschen Studentenwerks Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep oder auch bei der Vorführung von Klaus Sterns Film „Henners Traum – Das größte Tourismus-Projekt Europas“.

Wie bereits in meinem letzten Brief kurz angekündigt, möchte ich außerdem gerne die Gelegenheit nutzen, Ihnen/euch unseren Praktikanten Stephan Kania vorzustellen, der die Arbeit im meinem Berliner Büro bis Ende diesen Monats unterstützen wird.

Nun wünsche ich Ihnen/Euch allen ein angenehmes Wochenende und viel Freude bei der Lektüre!

Martin Rabanus, MdB

## Bildungsagenda umreißen – Arbeitsfrühstück mit der Gewerkschaft Erziehung Wissenschaft



Am Mittwochmorgen trafen sich die Mitglieder der Arbeitsgruppe für Bildung und Forschung der SPD-Bundestagfraktion zu einem Gedankenaustausch mit dem Hauptvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

Im Zentrum des Gesprächs standen aktuelle und zukünftige Herausforderungen der Bildungs- und Forschungspolitik, so etwa: die Ausstattung der Hochschulen, die Entwicklung der Studierendenzahlen, das BAföG, der Stand der beruflichen Bildung, die Bedeutung der Weiterbildung für die sich wandelnde Arbeitswelt sowie die Arbeitnehmersituation im Berufsfeld Bildung.

Der enge Kontakt zu den Gewerkschaften ist für uns als SPD-Bildungspolitiker wichtig, denn nur gemeinsam und im steten Austausch können wir aktuelle Herausforderungen wie die Digitalisierung und den demographischen Wandel bewältigen.

## Aus den Ausschüssen: DAAD, AvH und Deutsche Welle stellen ihre Arbeit vor



Die Sitzung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung stand in dieser Woche im Zeichen der Arbeit der deutschen Wissenschaft nach außen. Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD), vertreten durch seine Präsidentin Prof. Dr. Margret Wintermantel, stellte ebenso wie die Alexander-von-Humboldt-Stiftung (AvH), vertreten durch ihren Präsidenten Prof. Dr. Hans-Christian Pape, seine Arbeit vor. Anschließend beantworteten beide die Fragen der Abgeordneten. Sie betonten die Relevanz von internationalen Kontakten und Kooperationen, ohne die Forschung heutzutage kaum möglich ist. DAAD wie auch AvH werben international für den Wissenschaftsstandort Deutschland und tragen so zur starken Rolle unseres Landes in der Welt bei.

Nach einer langen Periode des Sparens geht es für die Deutsche Welle (DW) wieder nach vorne. Das machte der Intendant des deutschen Auslandssenders, Peter Limbourg, bei seiner Vorstellung der Aufgabenplanung der DW für die Jahre 2018 bis 2021 im Ausschuss für Kultur und Medien deutlich. So konnte die DW ihre wöchentlichen Nutzerkontakte inner-

halb von fünf Jahren von 101 Millionen auf 157 Millionen erhöhen. Ziel des Senders ist es, die Reichweite auf 210 Millionen auszubauen. Limbourg betonte in seiner Präsentation, dass die ausreichende Reichweite zwar nicht das einzig Ausschlaggebende sein dürfe, aber ohne ebendiese auch keine entsprechende Wirkung zu erzielen sei.

Zentrale Aufgabe der Deutschen Welle ist es, Deutschland als europäisch gewachsene Kultur- und freiheitlich verfassten demokratischen Rechtsstaat verständlich zu machen. Es gilt, das Verständnis und den Austausch der Kulturen und Völker zu fördern. Schwerpunktregionen der kommenden Jahre sind neben Russland, Osteuropa und der Türkei die arabische Welt, Subsahara-Afrika, Afghanistan, Pakistan und der Iran.

Aus Sicht des Intendanten bedarf es allerdings einer zunehmend strukturellen Verstärkung der Finanzierung hin zu Etats vergleichbarer Auslandssender wie dem französischen France Médias Monde/TV5 Monde mit einem Etat von 389 Millionen Euro oder der britischen BBC mit einem Etat von 523 Millionen. Im Jahr 2017 habe der sogenannte Bundeszuschuss aus dem Etat der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien rund 326 Millionen Euro betragen, ergänzt durch rund zehn Millionen Euro an Projektförderungen aus den Etats des Auswärtigen Amtes, des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und anderen Ministerien.

## Hintergründe und Behördenfehler aufdecken – Bundestag setzt Untersuchungsausschuss ein



Am Donnerstag beschloss der Deutsche Bundestag die Einsetzung des ersten Untersuchungsausschusses der laufenden Legislaturperiode. Er soll zur gründlichen Aufklärung des Terroranschlags auf dem Breitscheidplatz in Berlin am 19. Dezember 2016 beitragen.

Der Berliner Senat hatte einen Sonderermittler eingesetzt, um die Begleitumstände des Anschlags auf Berliner Behördenebene zu prüfen. In seinem Abschlussbericht kommt er zu dem Schluss, dass es gravierende Fehler der beteiligten Behörden gegeben hat. In Ergänzung zur Arbeit der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse in Berlin und Nordrhein-Westfalen wird der Bundestag mit diesem 1. Untersuchungsausschuss seinen Beitrag zur Aufklärung des Sachverhalts leisten.

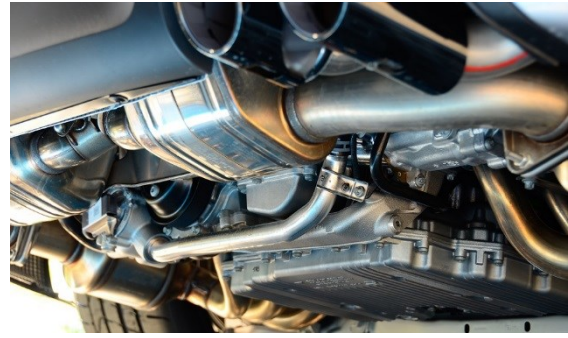
Eine gemeinsame Verständigung mit den Fraktionen von CDU/CSU, Grünen, FDP und Linken über den Untersuchungsauftrag zeigt, dass die Fraktionen gleichermaßen weiteren Aufklärungsbedarf sehen. Der Beschluss kann [hier](#) eingesehen werden.

## Daseinsvorsorge für Studierende als Beruf: neuer Präsident für Deutsches Studentenwerk



Der ehemalige Präsident der Universität Kassel, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep, wurde am 6. Dezember 2017 zum neuen Präsidenten des Deutschen Studentenwerks (DSW) gewählt und trat dieses Amt am 28.02.18 offiziell an. Ich durfte der Amtseinführung am vergangenen Mittwoch mit einer Ansprache von Herrn Prof. Dr. Postlep beiwohnen. Dabei habe ich, trotz der bestehenden Herausforderungen, die er hier angesprochen hat, seine positive Grundeinstellung hinsichtlich der bildungspolitischen Zukunft wahrgenommen. Herr Prof. Dr. Postlep wies darauf hin, dass er ideale Rahmenbedingungen für die Studentenwerke schaffen, die Zusammenarbeit mit den Hochschulen intensivieren und die Wohnheim-Förderung und das BAföG fördern möchte. Ich freue mich, dass Herr Prof. Dr. Postlep zudem den Dialog mit dem Bund und den Ländern begrüßt. Gemeinsam ist es möglich, die gesteckten Ziele zu erreichen und umzusetzen. Mit diesem Ausblick freue ich mich auf die zukünftige Zusammenarbeit in dem Bereich der nationalen Bildungspolitik.

## Gerichtsurteil zum Dieserverbot – Autoindustrie sollte selbstverursachte Schäden beheben



Das Bundesverwaltungsgericht hat in seinem Urteil Kommunen grundsätzlich gestattet, Fahrverbote für Dieselfahrzeuge zum Zweck der Luftreinhaltung auszusprechen. Viele Verbraucherinnen und Verbraucher sind verunsichert und teils auch wütend über die Folgen der Abgasmanipulation bei deutschen Autoherstellern. Sie befürchten Fahrzeugwertverluste und Mobilitätseinschränkung. Auch fühlen sie sich – zu Recht – betrogen, vertrauten sie doch auf die Aussagen der Hersteller, diese würden umweltfreundliche und sparsame Autos verkaufen. Deshalb bin ich grundsätzlich der Ansicht, dass die Automobilindustrie den von ihr verursachten Schäden auch tragen muss. Es gilt das Verursacherprinzip.

Aber auch die Kommunen sind jetzt gefordert. Fahrverbote allein sind keine angebrachte Lösung – die Autofahrer werden dann zu Unrecht abgestraft. Vielmehr sollte das Urteil Stein des Anstoßes sein, über alternative Verkehrskonzepte nachzudenken, den ÖPNV attraktiver zu machen, Elektro-Hybridantriebe und deren Infrastruktur zu fördern oder neue Konzepte wie das Carsharing bekannter zu machen.

## Filmabend über das „größte Tourismus-Projekt Europas“



Beberbeck – was war das noch?

Auf Einladung des nordhessischen Filmemachers Klaus Stern nahm ich in dieser Woche an einem spannenden Filmabend im neuen *Aufbau Haus* in Kreuzberg teil. Gezeigt wurde der preisgekrönte Dokumentarfilm „Henners Traum - Das größte Tourismus-Projekt Europas“ aus dem Jahr 2008. Der Film hat 2009 den Hessischen Filmpreis und 2010 den Adolf-Grimme-Preis in der Kategorie „Information und Kultur“ gewonnen. Außerdem wurde er 2010 für den Deutschen Filmpreis in der Kategorie „Bester Dokumentarfilm“ nominiert.

In dem Film geht es um die Pläne des damaligen Bürgermeisters von Hofgeismar Heinrich („Henner“) Sattler, im Stadtteil Beberbeck das Ferienressort Beberbeck zu errichten. Die Dokumentation zeigt, wie aus der dortigen Domäne die größte europäische Ferien- und Freizeitanlage werden sollte. Auf 800 bis 1.000 Hektar waren neben fünf luxuriösen Hotels 600 Villen und Ferienwohnungen mit insgesamt 4.500 Betten, mehrere Golfplätze, eine künstliche Seenlandschaft von 34 Hektar, sowie eine Trabrennbahn mit angeschlossenen Pferdezentrum und Poloplatz geplant.

Über zweieinhalb Jahre begleitete das Team von Klaus Stern den Politiker Heinrich Sattler und seinen Architekten Tom Krause wie sie versuchten, Investoren für das „größte Tourismus-Projekt Europas“ zu finden. Letztlich scheiterte das umstrittene Projekt. Am 17. Dezember 2010 verkündete Heinrich Sattler auf der Sitzung der Hofgeismarer Stadtverordneten-Versammlung das „Aus“ für das Ferienprojekt Beberbeck, zwei Jahre nach Veröffentlichung des Films.

In der anschließenden Diskussion mit dem Filmemacher und einem Quartiersentwickler wurden sehr interessante Hintergründe zu dem Projekt offenbart und das Spannungsfeld zwischen realistischen Visionen und Wunschträumen – nicht nur, aber auch in der Politik – für eine strukturschwache Region diskutiert.

Es war ein gelungener Abend und ich bedanke mich bei Klaus Stern für die Einladung – wünsche ihm aber auch für sein weiteres Wirken viel Erfolg.

[aigudə'wi] Ai Gude wie! – Stephan Kania stellt sich vor



Mit diesen Worten des hessischen Dialekts werde ich seit meinem ersten Tag im Praktikum täglich im Büro Martin Rabanus begrüßt. Ich bin Stephan Kania, Kölner, und absolviere mein Praktikum hier in Berlin von Anfang Februar bis Ende März. Als Student der Rechtswissenschaft ist mein Interesse für Politik bereits von Haus aus sehr groß. Um ein besseres Verständnis von dem zu bekommen, was ich in meinem Studium alles rein theoretisch erfahre, entschied ich mich ein Praktikum an der Quelle der Politik unserer Bundesrepublik zu machen. Seit dem ersten Tag werde ich vollumfänglich in die Arbeit innerhalb des Bundestagsbüros eingebunden und erhalte damit einen Blick hinter die Kulissen der politischen Willensbildung. So nehme ich bspw. an den Ausschuss- und Arbeitsgruppensitzungen teil und nahm auf der Besuchertribüne sitzend an einer Plenarsitzung teil. Die Aufgabenfelder sind sehr breit gefächert und stellen damit teilweise Herausforderungen dar, die es zu bewältigen gilt. Ich habe hier sehr viel Spaß bei der Arbeit, was nicht zuletzt dem sehr sympathischen, engagierten und kompetenten Team geschuldet ist und freue mich auf meine weitere Zeit hier in Berlin.

## Pressemitteilungen

[01.03.2018 – Rabanus begrüßt zahlreiche Fördermaßnahmen im Kreis Rheingau-Taunus – Kreditanstalt für Wiederaufbau investiert](#)

[02.03.2018 – Martin Rabanus und Gernot Grumbach begrüßen Start des Professorinnenprogramm III](#)

## Termine

### 06.03.2018

16-17 Uhr – Gespräch mit der Bürgerinitiative Ultramet; Wahlkreisbüro Taunusstein

17-18 Uhr – Gespräch mit Elmar Czech von Noch Leben - Verband der Opfer des Blutskandals e.V.; Wahlkreisbüro Taunusstein

19-21 Uhr – Unterbezirksvorstandssitzung SPD Rheingau-Taunus; Aulhalle, Niedernhausen

### 08.03.2018

10-11:30 Uhr – Einweihung Stiftung Lebensraum; Prälat-Werthmann-Str. 21, 65366 Geisenheim

13-15 Uhr: Vorbereitende SPD-Fraktionssitzung zum Kreistag; Kurhaus Bad Schwalbach

15-20 Uhr: Kreistag; Kurhaus Bad Schwalbach

### 09.03.2018

16-18 Uhr: Neumitgliedertreffen SPD Rheingau-Taunus; Hessischer Landtag, Wiesbaden

*Kursive Termine sind öffentlich*